

OA-Update / 1, 7.1.2021

Osteuropa



Mit der ersten Ausgabe des Osteuropa-Updates begrüßen wir Sie zum neuen Jahr und wünschen Ihnen viel Gesundheit, Glück und Erfolg. In Kiew wurde ein neuer Energieminister ernannt, der die Dekarbonisierung der Wirtschaft vorantreiben und Strukturen transparenter und wettbewerbsfähiger gestalten möchte. Aufgrund der hohen Infektionszahlen führt die Ukraine vom 8.

bis zum 24. Januar 2021 einen landesweiten Shutdown ein. Der neue armenische Wirtschaftsminister erklärte in einem Interview die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte für das Jahr 2021. In Tiflis wurde die neue Regierung im Amt bestätigt. Unter Führung des alten und neuen Premiers Gakharia hat sich die Regierung nur auf dem Posten des Justizministers verändert. Zum 31. Dezember 2020 wurde der Südliche Gaskorridor, der das aserbaidchanische Shah-Deniz Gasfeld mit der EU verbindet, offiziell in Betrieb genommen und das erste Gas kommerziell ausgeliefert. In Belarus bleibt die innenpolitische Lage weiter angespannt. Die wirtschaftliche Lage stabilisierte sich graduell, wobei die Zukunftsaussichten mit Sorge betrachtet werden. Die Regionaldirektion Osteuropa im Ost-Ausschuss hat das Jahr 2020 mit den **Eastern Partnership Business Days** abgeschlossen, an denen sich in verschiedenen Online-Formaten im Dezember 2020 **rund 350 Teilnehmer aus den Ländern der Östlichen Partnerschaft, Deutschland und der Europäischen Union** beteiligten. [Das Panel zu Belarus](#) hatte bereits am 3. Dezember 2020 im Rahmen des Minsk Forums stattgefunden. Die Konferenzberichte zu den Ländern des [Südlichen Kaukasus](#), zu [Moldau](#) und zur [Ukraine](#) finden Sie auf den Seiten des Ost-Ausschusses.

Hier die die aktuellen Themen:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Ukraine

Aufgrund der **hohen Dynamik der Corona-Pandemie** hat die ukrainische Regierung einen **landesweiten Teil-Lockdown** zwischen dem **8. und 24. Januar 2020** beschlossen. Geöffnet bleiben dürfen Hotels, Läden für den täglichen Bedarf, Kindergärten und der Abholservice von Restaurants sowie Friseure nur mit Terminvergabe. Kultureinrichtungen, Shopping Center, Hostels, Sport- und Fitnessstudios sowie Kinos schließen. Die Städte Ternopil und Cherkassy wollen sich dem Lockdown nicht anschließen.

Der ukrainische Präsident Selenski hat am 25. Dezember 2020 den **Staatshaushalt für das Jahr 2021** unterzeichnet, der mit **Ausgaben im Wert von 46,5 Milliarden US-Dollar** und mit **Einnahmen im Wert von 38,2 Milliarden US-Dollar** plant. Das **Defizit** von 8,3 Milliarden US-Dollar wird etwa **5,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes** entsprechen. Ein großer Posten (gut elf Prozent) wird in das ukrainische Straßenbauprogramm fließen. Die Regierung geht in diesem Zusammenhang von einem **BIP-Wachstum in Höhe von 4,6 Prozent** und von einer Inflation in Höhe von 7,3 Prozent aus. Die Staatsverschuldung zum BIP würde auf 65 Prozent steigen. Im neuen Jahr steigt auch der **Mindestlohn und beträgt nun 6.000 Griwna je Monat**, rund 211 US-Dollar. Das staatliche Budget geht von einem Durchschnittslohn im Jahr 2021 in Höhe von 480 US-Dollar aus.

Im **Dezember 2020** haben Europäische Union (EU) und die Europäische Investitionsbank (EIB) eine **Gesamtsumme über 1,24 Milliarden Euro an Hilfen und Darlehen an die Ukraine freigegeben**. Hintergrund war, dass man die Emissionen ukrainischer Staatsanleihen im Dezember 2020 und Januar 2021 stützen wollte. Die Einnahmen aus den Eurobonds wurden dringend benötigt, um eine Finanzierungslücke im Staatshaushalt in Höhe von rund drei Milliarden US-Dollar zu schließen. Im **Dezember** konnte das ukrainische Finanzministerium im Rahmen von **acht Auktionen 3,5 Milliarden US Dollar für staatliche Schuldverschreibungen einnehmen**. Damit liegt der Wert deutlich über den 2,9 Milliarden US-Dollar, die in den ersten elf Monaten des Jahres 2020 eingenommen wurden.

Die EU knüpft die Auszahlung ihres Anteils (600 Millionen Euro) an die Umsetzung von Reformvorhaben im Bereich der öffentlichen Finanzverwaltung, des Antikorruptionskampfes sowie eines verbesserten Investitionsklimas und eines verbesserten Managements öffentlicher Unternehmen. Die Summe ist die zweite Hälfte der 1,2 Milliarden Euro großen Corona-Hilfe, die im April 2020 für die Ukraine zur Verfügung gestellt wurde. **Die Kreditmittel der EIB sollen in den Wiederaufbau von Krankenhäusern, Schulen, Kindergärten, Straßen und dem Abwassersystem im ukrainisch kontrollierten Teil des Donbas fließen.**

Unterdessen begann am **21. Dezember 2021** der Prozess, um die **Umsetzung des aktuellen Stand-By-Agreements mit dem Internationalen Währungsfonds zu bewerten**. Der ukrainische Premier Schmyhal erwartet ein Ergebnis der Prüfung nicht vor März 2021 und damit auch keine Auszahlung bis dahin. Im Juni 2020 unterzeichneten der IWF und die Ukraine eine Vereinbarung mit einer Laufzeit von 18 Monaten über fünf Milliarden US Dollar Unterstützung. Die fast vollständige Umbesetzung der Führung der Ukrainischen

Nationalbank im Sommer 2020 sowie die Entscheidungen des Verfassungsgerichts vom letzten Herbst, die die Arbeit der Anti-Korruptions-Behörden stark einzuschränken, **lassen eine rasche Einigung über die Auszahlung nächster Tranchen unwahrscheinlich erscheinen.**

Das **Freihandelsabkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Ukraine** wurde im Dezember endgültig ratifiziert und ist zum 1. Januar 2021 in Kraft getreten. Unter anderem können **Agrarprodukte zwischen beiden Ländern ohne Quoten frei gehandelt** werden. In diesem Zusammenhang strebt die Ukraine für 2021 an, **auch mit China, Vietnam, Indonesien und Jordanien Freihandelsabkommen** abzuschließen.

Im Jahr 2021 sollen die Arbeiten zur **Erneuerung einer 24 Kilometer langen Umfahrung von Lwiw sowie zur Erneuerung der Autobahn Kiew – Odessa beginnen (275 Kilometer)**. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie die Europäische Investitionsbank stellen dafür insgesamt **900 Millionen Euro zur Verfügung**. Ein Teil der Mittel soll neben dem Straßenbau auch für die Verbesserung des Beschaffungswesens, interner Kontrollmechanismen sowie für Maßnahmen der Korruptionsbekämpfung beim staatlichen Infrastrukturunternehmen Ukravtodor eingesetzt werden.

Ab Januar 2021 sollen regelmäßige Containerzüge zwischen dem polnischen Hafen **Danzig und Odessa** starten und damit das Schwarze Meer mit der Ostsee verbinden. Neben der Stärkung des Bahnverkehrs im Cargobereich wurde auch die **Nutzung des Dnipro als Schifffahrtsweg für nicht-ukrainische Schiffe erleichtert**. Präsident Selenski unterzeichnete Ende Dezember das Gesetz „Über die Binnenschifffahrt“, das diese Öffnung ermöglicht sowie einen Sonderfonds einrichtet, aus dem der Wiederaufbau von Schleusen und Docks entlang des Flusses finanziert werden soll.

In der Ukraine wurde am 21. Dezember **Juri Witrenko als neuer amtierender Energieminister** durch die Regierung ernannt. Witrenko trug wesentlich zur Reformierung des staatlichen Naftogaz-Konzerns bei und trat im Mai 2020 aufgrund inhaltlicher Differenzen mit dem Naftogaz-CEO aus der Geschäftsführung des Konzerns zurück. Im Land wird es künftig auch **wieder ein eingeständiges Agrarministerium** geben. Bisher waren die Zuständigkeiten dazu im Wirtschaftsministerium integriert. Als **neuer Minister wurde Roman Leschenko** ernannt. Leschenko arbeitet zuvor in verschiedenen staatlichen Behörden mit Agrarbezug.

Gleichzeitig hat **Julia Kowaliw ihren Posten als stellvertretende Leiterin der Präsidialadministration** zum 22. Dezember 2020 **aufgegeben**. Sie war für Wirtschaftsfragen zuständig. Ihre **Nachfolge tritt Julia Swiridenko an**, die bisher stellvertretende Wirtschaftsministerin war. Das Ministerkabinett ernannte außerdem **Wadim Melnik zum Leiter des Staatlichen Fiskaldienstes**. Der 48-jährige Oberst der Steuerpolizei leitete die Ermittlungsabteilung des Staatlichen Fiskaldienstes in den Jahren 2014-2016 und hatte davor verschiedene Positionen in der Struktur der Steuerpolizei inne.

Belarus

Das **politische Umfeld in Belarus bleibt weiterhin angespannt**, da sich keine Lösung in Auseinandersetzung zwischen Regierung und Demokratiebewegung abzeichnet. Die Demonstrationen haben sich dezentralisiert und haben zahlenmäßig an Zulauf verloren. Dennoch dauern die Verhaftungen und der Druck an.

Die **Belarussische Erdölgesellschaft (BNK (UK) Limited)** hat den **Export von Ölprodukten über das Klaipėdos Nafta-Terminal im litauischen Klaipėda** Mitte Dezember vorübergehend **eingestellt**. Die bisher abgeschlossenen Lieferkontrakte werden weiterhin umgesetzt.

Vor dem Hintergrund einer weiterhin **dynamischen Inflation** hat die belarussische Regierung den **Mindestlohn im Dezember um ca. sechs Prozent erhöht**. Trotz steigender Nominallöhne hält der **Verfall der Reallöhne inflationsbedingt** seit August 2020 an und setzte sich auch im dritten Quartal 2020 fort. Bisher hat die Zentralbank von Belarus noch nicht mit Zinsanhebungen reagiert.

Der **bisher wachstumstreibende IT-Sektor fällt im Jahr 2021 wohl als Zugpferd aus**: Bereits über 40 Unternehmen mit insgesamt rund 2.000 Beschäftigten sind seit August 2020 allein in die Ukraine (temporär) abgewandert. Kritisch wird auch gesehen, dass die Einkommenssteuersätze für Beschäftigte in Unternehmen des High Tech Parks Belarus von neun auf 13 Prozent ab dem 1. Januar 2021 angehoben wurde. Unternehmen der IT-Branche haben sich in der aktuellen Auseinandersetzung besonders für die Demokratiebewegung engagiert.

Der erste Block des **belarussischen Kernkraftwerks Astrawez** soll im Laufe des Jahres 2021 **vollständig hochgefahren** werden. Der **zweite Block soll dann im Jahr 2022** folgen. Belarus wird damit künftig einen **starken Überschuss an Strom** im Land verfügbar haben, der vor allem zu **Heizzwecken, zur Entwicklung der Elektromobilität** (das belarussisch-chinesische Joint Venture BelGee will im Jahr 2021 mit der Montage von Elektrofahrzeugen beginnen) und zum **Aufbau energieintensiver Industrien** genutzt werden soll. Aufgrund der politischen Situation haben sich die **Pläne für Stromexporte zerschlagen**.

Im Bereich der **Umweltechnik** plant der belarussische Staat signifikante Schritte: **Bis zum Jahr 2030 ist der Bau von 30 neuen Mülldeponien** geplant. Alle Kleindeponien sollen geschlossen werden und der **Anteil der weitergenutzten Siedlungsabfälle soll von 22,6 Prozent im Jahr 2019 auf zwei Drittel steigen**. Zudem ist der **Bau einer Müllverbrennungsanlage** in Minsk bis zum Jahr 2023 geplant.

Die **Europäische Union hat die Sanktionsliste gegen belarussische Personen und Institutionen** im Rahmen der Tagung des Europäischen Rates am 17. Dezember 2020 erweitert. Insgesamt sind nun 88 Personen und sieben Organisationen von den Sanktionen betroffen. Neu hinzugefügt wurde unter anderem der stellvertretende Ministerpräsident Anatol Siwak und Informationsminister Igor Lutski. Zu den restriktiven Maßnahmen gehören ein **Reiseverbot** und das **Einfrieren von Vermögenswerten**. Das Reiseverbot hindert gelistete Personen an der **Einreise** in das Hoheitsgebiet der EU bzw. an der **Durchreise**; das Einfrieren von Vermögenswerten richtet sich gegen die Gelder oder **wirtschaftlichen Ressourcen**

der Personen auf der Liste. Darüber hinaus ist es Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen der EU **verboten**, den gelisteten Personen und Organisationen **finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen**. Die aktuelle Fassung der Sanktionsliste vom 17. Dezember 2020 finden Sie auf den [Seiten des Rates der Europäischen Union](#).

Südkaucasus

Am 31. Dezember 2020 haben die ersten **kommerziellen Gaslieferungen** aus dem Shah-Deniz-Gasfeld in **Aserbaidschan** über den **Südlichen Gaskorridor (SGC)** begonnen. Mit dem Beginn der Gaslieferungen durch den letzten Abschnitt des SGC - die Trans Adriatic Pipeline (TAP) – ist das Projekt des Südlichen Gaskorridors abgeschlossen. Das Pipelinesystem erstreckt sich über 3.500 Kilometer von Aserbaidschan über die Türkei und erreicht in Italien die EU. **Die Betreiber erwarten, dass jährlich etwa 16 Milliarden Kubikmeter Gas über die Pipeline transportiert und ausgeliefert werden.**

Ab dem **1. Januar 2021 treten Änderungen bei der Anrufung von Gerichten bei Streitigkeiten** im Handels-, sowie Familien- und Arbeitsrecht **in Kraft**. Gemäß der Gesetzesnovelle müssen die Parteien **vor Anrufung eines Gerichts** zunächst an einer **obligatorischen Mediationssitzung** teilnehmen, um außergerichtlich nach Lösungen zu suchen.

Kurz vor Jahresende gab der neue Wirtschaftsminister von **Armenien** Vahan Kerobyan ein großes Interview in Jerewan. Im Nachgang des Krieges mit Aserbaidschan im Herbst 2020 würden die **Militärausgaben erhöht** und die **Nachfrage aus diesem Bereich zu „einer der treibenden Kräfte der Wirtschaft“**. Der **Fokus** solle künftig auf den Bereichen **Bildung, Wissenschaft und Innovation** liegen. Armenien strebe ebenso an, sich **stärker in die weltweiten Wertschöpfungsketten zu integrieren**. Dazu müsse die Wertschöpfung im Land durch die bessere Vernetzung der einzelnen Branchen und Unternehmen vertieft werden.

Kerobyan betonte ebenfalls, dass neben der klassischen Finanzierung über Banken **neue Wege und Instrumente der Finanzierung gefunden und genutzt werden müssten**. Startup-Finanzierung, Venture Funds, Unternehmensanleihen und ein funktionierender Kapitalmarkt seien dafür grundlegende Voraussetzungen. Armenien wolle zudem mehr im **Bereich Wasserkraft und Solarenergie unternehmen und hier Projekte vorantreiben**.

Im Nachgang des Krieges mit Aserbaidschan hält die **innenpolitische Unruhe in Armenien** an. Es stehen **vorgezogene Neuwahlen** im Raum, es ist aber noch offen, ob und wann diese stattfinden könnten und wie bis dahin Fragen zum Wahlgesetz, zur Verfassung sowie andere wahlrechtliche Fragen geklärt werden sollen. Einige **Vertreter der Opposition werfen dem Premier vor**, zu schnell und **zu Lasten armenischer Interessen dem von Russland vermittelten Waffenstillstand mit Aserbaidschan im November 2020 zugestimmt zu haben**.

Nach der Parlamentswahl im Oktober in **Georgien** wurde die **neue georgische Regierung** am 25. Dezember 2020 vorgestellt. Das Parlament hat das Ministerkabinett und das Regierungsprogramm mit 85 Ja-Stimmen und keiner Gegenstimme angenommen. Insgesamt

bleiben zehn von elf Mitgliedern des bisherigen Kabinetts im Amt, darunter Premierminister Giorgi Gakharia und Wirtschaftsministerin Natia Turnava. Neu im Amt ist Justizminister Gocha Lortkipanidze. Die vollständige Liste findet sich [hier](#).

Die **Wahlergebnisse** der Parlamentswahl aus dem Oktober werden **von mehreren Oppositionsparteien angezweifelt**. Sie werfen der Regierung Manipulation vor. Die Parteien und Abgeordneten haben erklärt, sich nicht aktiv an der **Parlamentsarbeit zu beteiligen und diese zu boykottieren**. Da die regierende Partei von Ministerpräsident Giorgi Gakharia eine eigene Mehrheit besitzt, können trotz dessen Gesetze beschlossen werden. Im Dezember wurde ein Gesetzentwurf der Regierung diskutiert, der die Abschaffung der Haushaltsfinanzierung für boykottierende Parteien und die Beendigung der kostenlosen Sendezeit in TV und Rundfunk vorsieht. Der Entwurf wurde in erster Lesung im Parlament angenommen.

Zum 1. Januar 2020 wurden in Georgien die **Stromtarife um ca. 15 Prozent** für private und gewerbliche Kunden **angehoben**. Für **Unternehmen, die im Land Lebensmittel erzeugen, werden die gestiegenen Kosten mit 50 Prozent subventioniert**, wie die georgische Regierung mitteilte.

Konjunktur

Ukraine: Der **Einzelhandel stützt die ukrainische Konjunktur** und gleicht Rückgänge bei Investitionen aus. Im Zeitraum Januar – November 2020 stieg der Konsum um acht Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum in realen Werten, wie das Nationale Statistikamt meldet. Allein im November 2020 legten Konsumausgaben in der Ukraine um zwölf Prozent zu. Hintergrund sind rasch steigende Reallöhne. Die Ukrainische Nationalbank teilte mit, dass die Investitionen im dritten Quartal 2020 um 24 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zurückgingen. Hintergrund seien Unsicherheiten in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie sowie Investitionspausen im Bereich der Erneuerbaren Energien auf Grund unbezahlter Rechnungen des Staates. Die Wachstumsprognosen des BIPs für das Jahr 2021 liegen zwischen 3,4 Prozent (IWF) und 5,6 Prozent. Der ukrainische Wirtschaftsminister Petrashko rechnet mit einem BIP Wachstum im Jahr 2021 in Höhe von 4,6 Prozent.

Belarus: Das German Economic Team Belarus berichtet, dass sich die **wirtschaftliche Lage im dritten Quartal 2020 in Belarus leicht verbessert** habe. Beim Wechselkurs, den Devisenreserven, bei Bankeinlagen sowie bei den Produktionsdaten des Realsektors und der Industrieproduktion sei eine (graduelle) Stabilisierung zu berichten, wenngleich die Gesamtlage fragil bleibe. Geschäftsumfragen bei Unternehmen zur aktuellen Situation sowie zu den Aussichten geben eine negative Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage wieder. Dieses Ergebnis spiegeln Umfragen des Wirtschafts-Think-Tanks IPM sowie der Nationalbank von Belarus übereinstimmend. Mit Blick auf die Im- und Exporte sind für das Jahr 2020 zweistellige Rückgänge zu verzeichnen, wenngleich die Exporte im Oktober 2020 bereits wieder über den Volumina des Vorjahres lagen. Der belarussische Export ist besonders von rückläufigen Weltmarktpreisen für Rohöl- und Ölprodukte und anderer Commodities betroffen.

Georgien: Im Vergleich zu den am 29. Oktober veröffentlichten Prognosen, **verschlechterten sich die Erwartungen für das 1. Quartal 2021** für verschiedene Sektoren, **insbesondere** mit Blick auf die Bereiche **Handel, Transport und Logistik**, wie die Analysten der Investmentgesellschaft TBC Capital in Tiflis mitteilten. Gleichzeitig ist im Vergleich zur ersten Welle der Restriktionen aus dem Frühjahr 2020 ein weniger starker Rückgang bei den Ausgaben privater und geschäftlicher Akteure zu beobachten. Für das Jahr **2021 wird eine BIP-Erholung von 4,6 Prozent** und ein Wachstum im Jahr 2022 von 7,4 Prozent erwartet.

Projekte

Germany Trade and Invest (GTAI) veröffentlicht regelmäßig aktualisierte internationale **Ausschreibungen** für Beschaffung und Projekte auf der [Website](#).

Veranstaltungsnachlese

Am **8. und 9. Dezember 2020** hat der **1. Deutsch-Ukrainischer Energietag** im Rahmen der Deutsch-Ukrainischen Energiepartnerschaft stattgefunden. Der **Ost-Ausschuss beteiligte sich mit einem Runden Tisch zum Thema Wasserstoffprojekte** in der Ukraine an dem Format und konnte neben zahlreichen Unternehmensvertretern auch die amtierende Energieministerin Olha Buslawez begrüßen. Informationen zum Programm finden sich auf der Website des Energietages unter <https://energyday.online/de>.

Die **elfte Sitzung der Deutsch-Ukrainischen High Level Group** hat am **14. Dezember 2020** stattgefunden. Die hochrangige Arbeitsgruppe berät regelmäßig über die bilateralen wirtschaftspolitischen Anliegen und wird von der Vize-Premierministerin für Euro-Atlantische Integration der Ukraine, Olha Stefanishyna, sowie durch den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Marko Wanderwitz, MdB, geleitet. Der Ost-Ausschuss vertritt gemeinsam mit der AHK Ukraine die Interessen der deutschen Unternehmen in dem Gremium.

Zwischen dem **14. und 17. Dezember 2020** haben die **Eastern Partnership Business Days** im Rahmen der deutschen Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union stattgefunden. In digitaler Form und auf sechs Panels diskutierten Regierungsvertreter aus Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau, der Ukraine, Deutschland und der Europäischen Union mit Entscheidern aus der Wirtschaft über den Zustand und die Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der EU, Deutschland und den Partnerländern. [Das Panel zu Belarus](#) hat bereits am 3. Dezember 2020 im Rahmen des Minsk Forums stattgefunden. Die weiteren Konferenzberichte zu den Ländern des [Südlichen Kaukasus](#), zu [Moldau](#) und zur [Ukraine](#) finden Sie auf den Seiten des Ost-Ausschuss.

Kommende Veranstaltungen

Die Regionaldirektion arbeitet weiter an Onlineformaten, um Ihnen auch in Corona-Zeiten fortlaufend die Möglichkeit zur Information und Vernetzung zu bieten. Präsenzveranstaltungen planen wir, wenn es die Pandemielage wieder zulässt.

- **28./29. Januar 2021** – Ost-Ausschuss als Partner der 4. Renpower Ukraine: Anmeldungen zum reduzierten Teilnehmerbeitrag mit dem Stichwort „German Eastern Business Association / Ost-Ausschuss“ sind über die [Veranstaltungswebsite](#) möglich.



- **Save the date:** Die Sitzungen der **Länderarbeitskreise zu Belarus, der Ukraine und den Ländern des Südlichen Kaukasus** werden zwischen Anfang Februar und Anfang März 2021 digital stattfinden – **NUR AUF EINLADUNG**
- Save the date: **19. März 2021** – [4. Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum](#) (digital / hybrid)
- **Erstes Halbjahr 2021** - Veranstaltungsreihe zur **ukrainischen Digitalwirtschaft** mit den Schwerpunkten e-health/BioTech, Agrar/Logistik, Robotics/Automation/Space, Bildung und HR sowie zum Thema Ukraine als Partner im Outsourcing (Termine werden demnächst bekannt gegeben)

Tipps & Links

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen +++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. **Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten** und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere **Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie [hier](#)**. Für alle Ihre Fragen wenden Sie sich gerne an: Almut Wetjen, A.Wetjen@oa-ev.de, Tel.: 01577-3423 612.

Welche Bestimmungen die Partnerländer des OA mit Blick auf das Corona-Virus erlassen haben, können Sie unserem **Corona-Dossier** entnehmen, das wir ständig aktualisieren.

Dort finden Sie als pdf-Datei auch eine Wochenübersicht zur Entwicklung der Infiziertenzahlen in unserer Region: <https://www.ost-ausschuss.de/de/corona-mittel-und-osteuropa>

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine „**Kontaktstelle zur Sicherstellung in den Lieferketten**“ eingerichtet. Ziel ist es, dass die Herstellung und Lieferung benötigter Zuliefererprodukte reibungslos funktioniert. Unternehmen können sich bei Problemen im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten an die E-Mail-Adresse kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de wenden.

Germany Trade and Invest (gtai) hat Mitte Dezember einen „**Branchencheck Belarus**“ veröffentlicht und Einschätzungen für elf Branchen, darunter Maschinenbau, Chemie, Energie, Umwelttechnik und IT herausgegeben: [Belarussische Industrie leidet unter politischer Krise | Branchencheck | Belarus \(gtai.de\)](https://www.gtai.de/branchencheck-belarus)

Der Think-Tank **Berlin Economics** veröffentlicht regelmäßig Updates, unter anderem zu Belarus, Ukraine, Georgien und Armenien: <https://www.german-economic-team.com>, zuletzt im Dezember zum belarussischen Bankenmarkt, zum Wirtschaftsprogramm der neuen georgischen Regierung sowie eine Analyse zu den geldpolitischen Folgen der Covid-Pandemie in Mittelost- und Osteuropa.

Die **Länderanalysen**, angesiedelt an der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen haben für Belarus und die Ukraine aktuelle Ausgaben publiziert: <https://www.laenderanalysen.de/>, im Dezember zu den Auswirkungen des Reformprozesses auf dem landwirtschaftlichen Bodenmarkt in der Ukraine sowie zu den Wertorientierungen der belarussischen Gesellschaft vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse.

Weiterhin können Sie sich zu den aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus, inklusive der geltenden Ein- und Ausreisebestimmungen, auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in Armenien: <https://eriwan.diplo.de/am-de>
- Deutsche Botschaft in Aserbaidshjan: <https://baku.diplo.de/>
- Deutsche Botschaft in Belarus: <https://minsk.diplo.de/by-de>
- Deutsche Botschaft in Georgien: <https://tiflis.diplo.de/ge-de>
- Deutsche Botschaft in der Ukraine: <https://kiew.diplo.de/ua-de>

Weitere **Hintergrundinformationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#) auf [Facebook](#), [LinkedIn](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).

Kontakt

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Ukraine) wenden Sie sich gerne an:



Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-113

Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: S.Kaegebein@bdi.eu



Sarah Guhde

Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: S.Guhde@bdi.eu

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: +49 (0)30 206167-120
E-Mail: A.Metz@bdi.eu
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)